

chen Volksvertretungen und Räte innerhalb ihres Verantwortungsbereichs die Rechtspflichten durch Beschlüsse näher bezeichnen, für deren Verletzung die gesetzlichen Bestimmungen Ordnungsstrafmaßnahmen vorsehen. Die Beschlüsse sind in geeigneter Weise öffentlich bekanntzumachen.

§4

(1) Ordnungsstrafbestimmungen sind nur zu erlassen, soweit zur Bekämpfung disziplinwidriger Handlungen Hinweise und Belehrungen nicht ausreichen und auch die Anwendung disziplinarischer oder gesellschaftlicher Erziehungsmaßnahmen oder die materielle Verantwortlichkeit nicht geeigneter sind.

(2) Die staatlichen Organe haben durch ständige Überprüfung zu sichern, daß die ihren Verantwortungsbereich betreffenden Ordnungsstrafbestimmungen den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Soweit sie zum Schutze und zur Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse nicht mehr wirksam beitragen, ist ihre Änderung oder Aufhebung zu veranlassen.

Ordnungsstrafmaßnahmen

§5

(1) In den Rechtsvorschriften können für die Begehung von Ordnungswidrigkeiten folgende Ordnungsstrafmaßnahmen vorgesehen werden:

1. Verweis
2. Ordnungsstrafe von 10,- bis 500,- Mark.
- (2) Die Androhung einer Ordnungsstrafe bis zu 1 000,- Mark ist zulässig, wenn durch eine vorsätzliche Ordnungswidrigkeit
 1. ein größerer Schaden verursacht wurde oder hätte verursacht werden können,
 2. die gesellschaftlichen Interessen grob mißachtet wurden,
 3. die staatliche oder öffentliche Ordnung und Sicherheit erheblich beeinträchtigt wurden oder
 4. wenn eine vorsätzliche Ordnungswidrigkeit aus Vorteilsstreben oder wiederholt innerhalb von zwei Jahren begangen und mit Ordnungsstrafe geahndet wurde.

(3) Bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Ordnungswidrigkeiten auf dem Gebiete des Geldverkehrs-, Steuer-, Abgaben-, Preis- und Sozialversicherungsrechts sowie des Umweltschutzes ist die Androhung von Ordnungsstrafen bis zu 10 000,- Mark zulässig.

(4) Für geringfügige Ordnungswidrigkeiten kann eine Verwarnung mit Ordnungsgeld von 1,- bis 20,- Mark vorgesehen werden. §

§ 6

(1) In den gesetzlichen Bestimmungen können als weitere Ordnungsstrafmaßnahmen vorgesehen werden:

1. Entzug oder Beschränkung von Erlaubnissen,

- Genehmigungen oder anderen von staatlichen Organen erteilten besonderen Befugnissen;
 2. Eintragung über Verletzung ordnungsrechtlicher Pflichten oder Vorladung zur Unterweisung über solche Pflichten;
 3. Einziehung von Gegenständen, Erlösen und Wertersatz;
 4. Aufforderung an den verpflichteten Bürger, den verletzten Rechtszustand wiederherzustellen und Durchführung von Maßnahmen auf seine Kosten (Ersatzvornahme), wenn er dieser Aufforderung nicht nachkommt;
 5. Heranziehung zur gemeinnützigen Arbeit in der Freizeit bis zu sechs Tagen;
 6. amtliche Veröffentlichung auf Kosten des Rechtsverletzers.
- (2) Die Voraussetzungen, unter denen diese Maßnahmen angewandt werden können, sind in den gesetzlichen Bestimmungen festzulegen.

§7

Befugnis zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

(1) Die Durchführung eines Ordnungsstrafverfahrens und der Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen ist nur zulässig, soweit dies gesetzlich festgelegt ist. Dabei ist zu sichern, daß die Organe tätig werden, deren Verantwortungsbereich durch die Ordnungswidrigkeit berührt wird und die mit größter Sachkunde und gesellschaftlicher Wirksamkeit entscheiden können.

(2) Die Ordnungsstrafbefugnis kann festgelegt werden

- im Bereich der zentralen staatlichen Organe für die Leiter und Stellvertreter;
- im Bereich der örtlichen Räte für die Vorsitzenden, deren Stellvertreter und hauptamtlichen Ratsmitglieder;
- für die Leiter besonderer Inspektionen, Kontrollorgane und Einrichtungen.

(3) Im Bereich der zentralgeleiteten Organe können gesetzlich besondere Regelungen getroffen werden.

(4) Das Recht zum Ausspruch von Verwarnungen mit Ordnungsgeld, zur Eintragung über Verletzung ordnungsrechtlicher Pflichten, zur Vorladung zur Unterweisung über solche Pflichten und zum vorläufigen Entzug von Erlaubnissen oder Genehmigungen kann auch Mitarbeitern der Organe übertragen werden.

§ 8

Befugnisse der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion

Das Komitee und die Inspektionen der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion haben das Recht, bei Feststellung von Ordnungswidrigkeiten selbständig die in den gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen